

BUND-Umweltzentrum Ortenau, Hauptstr. 21, 77652 Offenburg

Regierungspräsidium Freiburg
Referat 15
79083 Freiburg i.Br.

10.07.2017

Stellungnahme zum geplanten Ausbau der B 33 zwischen Nordumgehung Gengenbach und AS Gengenbach-Süd

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BUND lehnt den vorgesehenen dreistreifigen Ausbau der B 33 ab. Das Projekt stellt aus unserer Sicht einen nicht notwendigen, erheblichen Eingriff in die Kultur- und Erholungslandschaft des vorderen Kinzigtals dar.

In der Umweltverträglichkeitsstudie wird die Argumentation herangezogen, dass der Eingriff deshalb nicht relevant sei, weil bereits eine Vorbelastung durch Straßen und anthropogene Prägung vorliege. Entsprechend der bekannten „Salamitaktik“ könnte man damit jeden noch so verheerenden Eingriff rechtfertigen, wenn man ihn nur in mehrere kleine Schritte unterteilt, von denen jeder an sich als irrelevant verharmlost wird. Dennoch führen die stetigen Versiegelungen durch Straßenbau, Gewerbeflächen etc. (im Regionalem Grünzug bzw. Naturpark Schwarzwald Mitte/Nord!) insgesamt zu einem erheblichen Verlust an naturnahen Flächen und wertvollem Boden. Trotz aller Schönrechnerei kann die fortschreitende Flächenversiegelung nicht ausgeglichen werden, denn eine entsprechende Entsiegelung findet nirgends statt.

Auch der Aussage, dass sich das Vorhaben nicht negativ auf das Landschaftsbild auswirke, widersprechen wir. Genau die gleiche Begründung haben wir vorab beim bereits fertig gestellten Teilabschnitt des 4-streifigen Ausbaus der B 33 zwischen Offenburg und Nordspange Gengenbach/Berghaupten vorgelegt bekommen - das Ergebnis sehen wir jetzt, der Eingriff hat das Landschaftsbild deutlich verändert – nicht zum Guten.

Der Ausbau geht zusätzlich mit einer Erhöhung der zulässigen Geschwindigkeit einher, die zu mehr Lärm und Abgasen, insbesondere CO₂, führt, was sowohl die Anwohner als auch die Natur allgemein belastet.

Die politischen Ziele zur Reduzierung des Flächenverbrauchs und zum Schutz des Klimas bleiben rein theoretische Floskeln, wenn sie nicht tatsächlich dahingehend umgesetzt werden, dass auf den Neubau oder Ausbau von Straßen verzichtet und stattdessen der ÖPNV und der Schienenverkehr verbessert wird.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Rumpel, Geschäftsführerin BUND-Umweltzentrum Ortenau